



Köln, 21.04.2025

Sehr geehrte Genoss*innen,

unsere Hauptaufgabe besteht eigentlich darin Menschen mit Behinderung, die auf einen Assistenzhund angewiesen sind zur Seite zu stehen, kostenfreie (juristische/finanzielle/soziale) Beratung anzubieten und für ihre Rechte einzustehen.

Uns ist bewusst, dass gerade in der derzeitigen Situation, die Nerven bei allen blank liegen. Trotzdem ist es ein unhaltbarer Zustand, dass immer noch z. B. in öffentlich zugänglich Krankenhausräumlichkeiten, auf Bahnsteigen, in Schulen, in Geschäften, in Kinos uvm., Menschen mit Assistenzhunden der Zutritt verwehrt wird.

Abgesehen davon, gibt es zum Einen immer noch keine Finanzierung für MAGs und zum Anderen keine Stellen, die sich der Aufgabe widmen Hundeschulen und Trainer*innen zu prüfen und als Ausbildungsstelle bzw. als Assistenzhundetrainer*in zu fungieren. Danke hier an die deutsche Bürokratie.

Aber lassen Sie uns insgesamt dem Thema Inklusion widmen. In jeder und ja damit meine ich in jeder Stadt sind Barrieren. Es sind Betroffene, Vereine, Verbände oder engagierte Mitbürger*innen, die dafür kämpfen diese abzubauen? -> Das ist Ihr Job bzw. der, der Kommunen.

Außer einem zivilrechtlichen Vorgehen hat die Regierung, seit sie 2006 die UN-BRK – vor 20 Jahren - unterschrieb, nicht geschafft eine inklusive Gesellschaft effektiv voranzutreiben. Stattdessen schreiben Sie „sollen xy dies oder das tun“ – es hat zu heißen „MÜSSEN xy dies oder das tun“.

Bei der Wirtschaft, den Autofahrenden, etc. haben sich Strafkataloge bewehrt. Und wir sind bei Weilen nicht die Ersten, die einen Strafkatalog u. a. gegen Menschenrechtsverstöße und gegen Diskriminierungen fordern, denn auch hier tut sich nichts, wenn Verstöße gegen das Grundgesetz nicht sofort mit hohen Geldbußen bestraft werden. Ist der Verkehr wichtiger als Menschenrechte?

Wir reden hier aber nicht nur über allgemeine Menschenrechte, nein wir haben hier auch ganz stark zu überlegen, ob wir die UN-BRK weitermittragen und umsetzen werden oder ob Stagnation und gutes Zureden Deutschland ausreicht. Da Ihnen und den anderen Politiker*innen und Verantwortlichen leere Worte bisher ausreichend genug waren.

Es geht aber nicht nur um die UN-BRK, wir reden hier u. a. auch vom AGG, BGG.

Und noch ein kleiner Hinweis:

Unsere ersten 20 Artikel des GG sind nach Wichtigkeit sortiert und unterliegen der „Ewigkeitsklausel“ Artikel 79 (3) GG - Denkmalschutz steht nicht vor Artikel 3 und damit hat der Denkmalschutz NIE Vorrang vor Maßnahmen zu haben, Barrieren abzubauen.



Dies scheint bei den meisten Städten, Kommunen und Politiker*innen, jedoch noch nicht angekommen zu sein.

Wir reden von UNSEREM GRUNDGESETZ!
Und ja, dass ist es was großgeschrieben gehört.

Es gibt Strafen für z. B. falsches Parken, zu laute Autos, zu viel CO² Ausstoß.
Denn ohne eine Reglementierung wäre Chaos auf den Straßen.
Aber welche Strafen werden im zivilen Miteinander verhängt?
Keine Reglementierungen, obwohl es hier um die ersten Artikel unseres Grundgesetzes geht?
Also unter anderem dafür, dass Behinderte, Menschen jeder Glaubensrichtung jedes Geschlechts, Asylant*innen (um, die CDU nicht zu verärgern, bleiben wir mal bei denen, bei denen ihr Asylgesuche anerkannt worden, weil Sie in Ihrem Land in Lebensgefahr wären!) nicht in ihren Rechten verletzt werden.

Sie haben statt wirklicher Sozialpolitik aber (mal wieder – Stichwort: Groko) vor allem CDU- / CSU-Themen übernommen.
Was hat Ihnen dies bisher gebracht?

Also eins jedenfalls nicht – Sozialpolitik.
Und ich dachte SPD bedeutet „Sozialdemokratisch Partei Deutschlands“.
Wo ist denn diese soziale Politik?
Also im Koalitionsvertrag jedenfalls nicht und ja ich habe mir alle 146 Seiten durchgelesen.

34 Zeilen!

Wirklich?

Inklusion ist Ihnen von 4588 Zeilen ausreichend?

Das Thema Assistenzhunde handeln Sie in den Zeilen 652 und 653 ab.

„Wir schaffen die notwendigen Strukturen für die Qualitätsanforderungen an Assistenzhunde und deren Zugangsrechte und stellen die Zertifizierung von Assistenzhunden sicher.“

(Verantwortung für Deutschland - Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 2025)

Das freut uns Menschen mit Assistenzhund, dass Sie „(...) Qualitätsanforderungen an Assistenzhunde und deren Zugangsrechte (...)“ schaffen wollen.

Schauen Sie doch mal ab §§ 12e BGG was dort steht.

Was fehlt ist die Entbürokratisierung, um Assistenzhunde rechtssicher ausbilden zu dürfen.

Und warum gibt es diese Stelle nicht?

Weil die Anforderungen mal wieder exorbitant hoch und dem Thema nicht angemessen sind.

Als weitere Beispiele dieser 34 Zeilen, gleich von ganz oben:

- Zeilen 645-647: „(...) volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können (...)“
- Zeilen (649-650): „(...) Auch in der Privatwirtschaft wirken wir auf Barrierefreiheit hin.“

Ich denke Zeile um Zeile, dass Sie die UN-BRK 2006 noch nicht einmal gelesen, sondern ohne Beschäftigung mit zu ändernden Gesetzen und abzubauenen Barrieren, unterschrieben haben.
Dafür, dass wir als Land mit dem 3. höchsten BIP pro Kopf im Jahre 2023 (11.03.2025 – Wirtschaft Woche) noch so viele Barrieren haben, fällt mir kein anderer Grund ein.
Vor 20 Jahren wurde die UN-BRK unterzeichnet.



Herr Scholz, Sie haben den Delegationen auf dem Global Disability Summit in Berlin eiskalt in ihre Gesichter gelogen.

Sie redeten zusammengefasst davon, dass Deutschland sehr barrierearm und Vorbild sei, dass wir auf der Welt (und ich hoffe Sie meinten damit auch Deutschland) jedoch noch viel zu tun hätten.

„15 Prozent für 15 Prozent“ das haben Sie im Namen Deutschlands unterschrieben.

Wussten Sie nicht wie es um die Umsetzung von Artikel 3 GG in Deutschland steht oder warum hielten Sie eine so dreiste Rede?

Und falls Sie sich fragen, ob ich diejenige war, die dazwischenrief – Ja! Das war ich.

Denn obwohl Sie als SPD den größten Prozentanteil in der Regierung hatten, haben Sie mit am wenigsten, aller Regierungen zuvor, für die Umsetzung von Artikel 3 getan.

Und dann besitzt die SPD noch die Dreistigkeit, das längst fertige und nur noch im Bundestag abzustimmende BGG mit seinen Änderungen einzubringen.

Wenn dies sozialdemokratisch für Sie bedeutet, dann verstehe ich sehr gut, dass Sie bei den Koalitionsverhandlungen lieber noch weiter nach rechts zur CDU / CSU rutschen als Arbeiter*innen- und Volkspartei zu sein.

Wirtschaft ist also

– *wenn es wirklich dazu kommen sollte, dass die Genoss*innen diesem (für die SPD) absolut fatalen Koalitionsvertrag zustimmen sollten* –
das alles entscheidende Thema.

Und Sie denken, dass die CDU- / CSU- Fraktion Ihre Pläne für den Abbau von Barrieren fördern wird?

Bei diesen schwammigen und in jedwede Richtung lesbaren Formulierungen mitmacht?

Der FDP war der Abbau von Barrieren zu teuer und verhinderte mit ihren paar Prozentpunkten entscheidende soziale Gesetze bzw. Gesetzesänderungen.

Und genau dies wird mit den CDU-/CSU- Fraktionen nicht anders.

Machen Sie sich doch selbst nichts vor!

Sollte der Parteitag diesem Koalitionsvertrag zustimmen, wird die SPD bei erneuten Wahlen, sei es auf Ebene der Kommunen, der Länder oder der des Bundes, wie viele anderen Parteien der Mitte sehr, sehr große Schwierigkeiten haben, die 5 % Hürde zu überwinden.

Eine Minderheitsregierung der CDU-/CSU-Fraktion ist bei weitem das Beste für die SPD. Das Debattieren von Gesetzen, kann zu wichtigen Änderungen führen, wenn diese Deutschland zugutekommen.

So werden alle demokratischen Parteien im Bundestag auch gute Lösungen finden und „Verantwortung für Deutschland“ übernehmen können.

Doch nicht mit diesem Koalitionsvertrag, in dem immer noch nicht drinnen steht, dass

Diskriminierungen mit konkret festgelegten Strafen gerichtet werden,

(ob finanzieller Natur oder wirtschaftlicher z. B. der Schließung einer Organisation, wie zum Beispiel im Vereinten Königreich Großbritannien und Nordirland).

Bildung bleibt exklusiv und wird nicht inklusiv.

Die Aufzüge und Rolltreppen, sollte man denn mal das Glück haben, dass es diese gibt, werden weiterhin Wochen-/Monats- oder Jahrelang defekt sein ohne, dass es Strafen dafür gibt.



Es werden weiterhin keine Rolltreppen geben, die wie in diversen anderen europäischen Ländern, mit einem Schlüssel oder Knopf eine Plattform für Rollstuhlfahrende, Menschen mit Rollator oder Kinderwagen, oder anderen Notwendigkeiten mehr Platz als eine Stufe benötigen.

Treppenlifte werden an Bahnhöfen, in Schulen, in anderen öffentlichen Institutionen, an Orten, die für das Zusammenkommen und der Erholung dienen und erstrecht nicht in privatwirtschaftlich genutzten öffentlichen Orten angebracht werden.

Menschen mit Assistenzhunden haben rechtlich zwar Zugangsrechte §§ 12e BGG im Alltag aber keinen Rückhalt der Ordnungsbehörden, dass Ihr Grundrecht auf Diskriminierungsfreiheit umgesetzt wird (denn genau das ist es, wenn man nicht in ein Gebäude oder Gelände darf, weil §§ 12e BGG missachtet werden).

Dem Land NRW habe ich damals, am 2. Januar im Jahr, wo eine Stelle für die Übergangsteams geschaffen sein sollte, von diesem Gesetz berichtet.

Selbst dies wurde nicht geschafft, da man nichts davon wusste und dass obwohl der Bund Angelegenheiten für den Assistenzhunde-Sektor schon den Ländern auferlegt hatte.

Wie unterschiedlich die Übergangsteams daher behandelt wurden, ist eine Katastrophe, genauso wie es (für mich absolut unverständlich) keine Trainer*innen oder Ausbildungsstellen gibt, so dass neue Teams sich gar nicht erst anerkennen lassen können – oben habe ich bereits ausgeführt, woran dies liegt.

Also liebe Genoss*innen, stimmen Sie (auch wenn man Sie versucht unter Druck zu setzen) gegen diesen Koalitionsvertrag und retten Sie die SPD.

Stimmen Sie dafür, dann wird die SPD, da bin ich mir leider mehr als sicher, in der Welt der Kleinstparteien versinken.

- Seien Sie ehrlich mit sich und der SPD sind, denn auch Sie wissen dies –

Mit freundlichen Grüßen

Julia Standke
(1. Vorsitzende)